

Synoden*Beschluss*

zur Vorlage 1.2.3 | 1. Tagung der 18. Synode der EKvW in Bielefeld, 14. bis 17. November 2016

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, sich über die EKD dafür einzusetzen, dass keine Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt werden.

Begründung:

Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen nimmt mit Bestürzung von den Plänen der EU-Staaten Kenntnis, die Abschiebungen nach Afghanistan zu forcieren.

Dabei zeigen zahlreiche Vorfälle wie die Eroberung von Kundus durch die Taliban und der Überfall auf das deutsche Konsulat in Masar-e Scharif, dass Afghanistan nicht sicherer, sondern immer unsicherer geworden ist.

Allein für das Jahr 2015 berichtete die UNO-Unterstützungsmission für Afghanistan von 11.002 zivilen Gewaltopfern, davon 25 Prozent Kindern. Gerade Geflüchteten fällt es nach oft jahrelanger Abwesenheit schwer, für sich eine halbwegs sichere Überlebensperspektive zu finden. Keine Provinz des Landes ist von Kriegshandlungen frei.

Hinzu kommt, dass Pakistan afghanische Flüchtlinge zur Rückkehr zwingt. Allein in diesem Jahr wird mit der erzwungenen Rückkehr von 800.000 Menschen gerechnet, die mitten im Winter eine beispiellose humanitäre Krise auslösen wird. Staatliche Institutionen sind mit der Aufnahme und dem Schutz der Rückkehrenden völlig überfordert; dies gilt insbesondere für besonders Schutzbedürftige wie Frauen und Kinder sowie Angehörige der ethnischen Minderheiten.

Afghanistan ist nicht sicher! Darum dürfen Menschen aus Afghanistan nicht zur Rückkehr gezwungen werden.

Bielefeld, den 17. November 2016

Die Präses der Synode
der Evangelischen Kirche von Westfalen

Annette Kurschus

Die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Feststellung des Wortlautes durch die Kirchenleitung!
